

FDP Bad Vilbel

FWD: KEIN FLÜCHTLING MEHR IN GEORG-MUTH-HAUS AUF DEM HEILSBERG

22.03.2017

>>>>> >> Seit ca zwei Wochen leben in dem ehemaligen Bürgerhaus auf dem Heilsberg, dem Georg-Muth-Haus, keine Flüchtlinge mehr. Anlässlich ihres Berichts aus dem Magistrat machte die heimische Sozialdezernentin Heike Freund-Hahn vor der FDP-Fraktion und der Parteivorstand deutlich, dass damit ein nicht angenehmer Zustand endlich beendet werden konnte. Natürlich sei vor einem Jahr die Not so gross gewesen, dass sich die Stadt Bad Vilbel genötigt gesehen habe, diese Grossunterkunft einzurichten. >> >> "Jetzt haben wir die Unterbringung weiter dezentralisiert, in derzeit 19 Unterkünften über die gesamte Stadt und ihre Stadtteile verteilt sind die knapp 406 Flüchtlinge untergebracht," teilte die Sozialdezernentin ihren Liberalen Parteifreunden mit Stolz mit. Weitere 23 vom Sozialamt zu betreuende Flüchtlinge lebten ausserhalb Vilbels . >> Die Stadt Bad Vilbel sei, so Freund-Hahn, derzeit in dieser Frage gut aufgestellt. >> >> Zufrieden zeigte sich der liberale Ortsbeirat Dr. Michael Rudolphi auch mit der Verlegung der Flüchtlinge, weil nunmehr kein Konflikt mit dem ebenfalls im Georg-Muth-Haus untergebrachten Kindergarten mehr entstehen könne. Die Stadt war zwischenzeitlich sogar verpflichtet, einen zivilen Sicherheitsdienst zu engagieren. "Diese Kosten sparen wir jetzt ein," so die Sozialdezernentin weiter. >> >> Einmütig forderten die Freien Demokraten den Wetteraukreis auf, dem Gesetz folgend die bereits anerkannten Asylbewerber nunmehr selbst aufzunehmen. "In Bad Vilbel leben derzeit 105 anerkannte Personen, die sind aber alle noch in unseren Flüchtlingsunterkünften. Da gehören sie nicht mehr hin, sie haben jetzt ganz andere Rechte und Pflichten," stellte die FDP- Politikerin weiter fest. >> >> Für die FDP ist klar, dass auf dem Heilsberg endlich das Versprechen umgesetzt werden muß, ein neue Jugendhaus zu errichten. "Wir sehen auch nach einigen Prüfungen den Standort Christeneck im Zusammenhang mit der Bike-Bahn als den geeigneten an, der notwendige Bebauungsplan sollte jetzt im Stadtparlament diskutiert werden können,"



fasste der FDP Vorsitzende Thomas Reimann zusammen. >> >> >>